



Energieintensive Industrie braucht stabile Rahmenbedingungen

Die vergangenen Wochen waren geprägt von den schrecklichen Bildern des russischen Überfalls auf die Ukraine. In diesen herausfordernden Zeiten müssen wir uns als Europäer:innen auf unsere unverrückbaren Grundwerte der Solidarität, Freiheit und Demokratie stützen – und Verantwortung übernehmen. Die IG Metall, die IGBCE und die IG BAU rufen wie alle DGB-Gewerkschaften zu Friedensdemonstrationen auf und unterstützen Geflüchtete.

Neben den humanitären und politischen Herausforderungen in Europa sind wir auch mit massiven wirtschaftlichen Auswirkungen konfrontiert. Der jüngst begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat zu einer weiteren, drastischen Verschärfung der Energiepreisentwicklung geführt. Zudem beeinträchtigt dieser Krieg die Versorgungssicherheit. Alle Verbraucher:innen in Deutschland werden in diesen Tagen durch steigende Preise belastet, vor allem geringe und mittlere Einkommen.

Eine besondere Betroffenheit besteht aber auch bei den energieintensiven Verbrauchern in der Industrie. Die vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage ist ein richtiger Baustein zur Entlastung. Die Bundesregierung muss die energieintensiven Branchen jetzt aber mit zusätzlichen schnellen und zielgenauen industriepolitischen Maßnahmen unterstützen, um den Industriestandort langfristig zu sichern.

IGBCE, IG METALL und IG BAU FORDERN DAHER:

KURZFRISTIG

- Liquiditätshilfen für besonders betroffene Betriebe müssen bereitgestellt werden, um Insolvenzen zu verhindern
- Ein derzeit diskutiertes Embargo für russische Energieimporte bewerten IG Metall, IG BCE und IG BAU mit Blick auf die sozialen und ökonomischen Konsequenzen als äußerst kritisch. Sie rufen die Bundesregierung deshalb dazu auf, einen kurzfristigen Lieferstopp abzuwenden
- Die Möglichkeit der Kurzarbeit bei Produktionsdrosselungen wegen zu hoher Energiekosten muss bestehen
- Energiekosten begrenzen durch eine befristete Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas
- Schnelle Umsetzung von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference)
- Windfall-Profits regulieren. Der liberalisierte Energiemarkt ist sowohl aktuell von den Kriegsfolgen als auch langfristig von der Transformation zu Treibhausgasneutralität überfordert. Er muss neu geregelt werden

MITTEL- UND LANGFRISTIG

- Ausbau Erneuerbare Energien nochmals beschleunigen, z.B. durch eine Ausweitung der Ausschreibungsmengen im Erneuerbare-Energien-Gesetz
- Planungs- und Genehmigungsverfahren und die Umsetzung von Projekten insbesondere zum Ausbau erneuerbarer Energien, sowie Repowering müssen beschleunigt werden
- Industriestrom und Industriegas zu international wettbewerbsfähigen Preisen (Deckelung)
- Wasserstoff Auf- und Ausbau forcieren. Bis zur ausreichenden Verfügbarkeit von Wasserstoff wird eine Brücke aus Gas und Kohle mit diversifizierter Sicherung des Bedarfs aus anderen Importländern als Russland nötig sein. Dabei ist zu prüfen, inwieweit Gas aus heimischen Quellen unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien vermehrt genutzt werden kann. Eine Verringerung der Nutzung fossiler Energieträger muss unvermindert angestrebt werden.

BESTEHENDE RAHMENBEDINGUNGEN ANWENDEN UND NICHT VERSCHÄRFEN:

- Spitzenausgleich (§10 StromStG) erhalten (läuft Ende 2022 aus)
- Bestehende Strompreiskompensation im ETS erhalten
- Ausgleichsmechanismus nach §55 KVBG anwenden
- Zuschuss zu den Netzentgelten in § 24a EnWG anwenden
- Entscheidungen zu CBAM und ETS in der EU mit einem fest definierten Überprüfungszeitpunkt in einem Review-Verfahren versehen. Die Entscheidung über das weitere Abschmelzen der ETS-Zertifikate ist an dieses Verfahren zu koppeln.